



Die Moskauer Deklaration 1943

„Österreich wieder herstellen“

Stefan Karner,
Alexander O. Tschubarjan (Hg.)

Inhalt

GELEITWORTE

Erwin Pröll	11
Sergej Netschajew	12
Martin Eichtinger	14
Margot Klestil-Löffler	16
Hans Winkler.	17

VORWÖRTER

Stefan Karner	19
Alexander Tschubarjan	21

DIE MOSKAUER AUSSENMINISTERKONFERENZ 1943

Horst Möller Die Moskauer Außenministerkonferenz von 1943 Einleitende Bemerkungen	25
Geoffrey Warner Großbritannien und die Moskauer Außenministerkonferenz 1943	28
Vasilij S. Christoforov Die Moskauer Konferenz 1943: Außenpolitische Initiativen und Erwartungen der UdSSR	33
Vladimir Pečatnov Die Moskauer Außenministerkonferenz 1943: Strategien und Taktiken der Verhandlungspartner	37

Vladimir Švejc	
Die Moskauer Deklaration von 1943: Kommentare zur Position der UdSSR.	53
Manfred Wilke	
Das Deutsche Reich und das militärische Wendjahr des Zweiten Weltkrieges	59

ALLIIERTE PLANUNGEN ZU ÖSTERREICH

Jochen Laufer	
Die sowjetischen Nachkriegsplanungen	71
Walter M. Iber – Peter Ruggenthaler	
Zur Bedeutung der Moskauer Deklaration zu Österreich für die Sowjetunion.	78
Aleksej Filitov	
Österreich in den sowjetischen strategischen Planungen (1941–1945)	92
Siegfried Beer	
SOE, PWE und schließlich FO Die Briten als Vorreiter der alliierten Österreichplanung, 1940–1943 . . .	99
Georges-Henri Soutou	
Paris zwischen Angst vor einem neuen „Anschluss“ und Schwärmerei für eine europäische Neuordnung	109

VOM „ANSCHLUSS“ ZUR NATIONSWERDUNG

Gerhard Botz	
Der „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich	121
Erwin A. Schmidl	
„Anschluss“ 1938 – ein Blick zurück nach 75 Jahren.	134
Brigitte Bailer	
Widerstand, Opfermythos und die Folgen für die Überlebenden	162

DIE SOWJETUNION UND ÖSTERREICH

Stefan Karner

Zur sowjetischen Umerziehung:

Die „Antifa“ 1941–1949 und das „antifaschistische Büro
österreichischer Kriegsgefangener“ in der Sowjetunion 177

Barbara Stelzl-Marx

Die Moskauer Deklaration in den Befehlen der Roten Armee
in Österreich zu Kriegsende 1945 196

Harald Knoll – Michail Prozumensčikov

Die KPÖ-Führung im sowjetischen Exil,
die Komintern und ihre Haltung zur sowjetischen
Österreichpolitik 209

Die Moskauer Außenministerkonferenz und ihre Folgen in den
Erinnerungen österreichischer und russischer Diplomaten:

Friedrich Bauer, Franz Cede, Herbert Grubmayr, Walter Siegl,
Vladislav Terechov 217

DIE „MAGNA CHARTA“ ÖSTERREICHS?

Helmut Wohnout

Die Mitschuld Klausel und Österreich als NS-Opfer.

Zur Ambivalenz der österreichischen Opferthese
am biografischen Beispiel Leopold Figl 235

Günter Bischof

Die Moskauer Deklaration und die österreichische Geschichtspolitik . . 249

ANHANG

Dokumente 262

Abbildungen 281

Abkürzungsverzeichnis. 287

Autorenverzeichnis 289

Personenregister 291

Ortsregister 295

Stefan Karner

Vorwort

Die Moskauer Deklaration von 1943 zu Österreich gehört zu den Grundbausteinen der Republik Österreich. Sie wurde aber gleichzeitig auch zu einem Eckstein der politischen Diskussion, bis zum heutigen Tag. Nahezu jeder Satz dieser formal sehr kurz gehaltenen Deklaration, in der die Alliierten zum ersten Mal gemeinsam erklärten, Österreich nach dem Ende des Krieges wieder errichten zu wollen, wurde kontrovers diskutiert: Österreich als erstes Opfer Hitler'scher Aggression, die Mitverantwortung Österreichs als eines Staates, der noch zu gründen war, am Kriege, die Einforderung des Beitrages der österreichischen Bevölkerung zu ihrer Befreiung als Aufforderung zu aktivem Widerstand gegen die NS-Herrschaft. Weitgehend ausgeklammert blieb zudem die Frage, wie Österreich wieder errichtet werden sollte.

Die in diesem Band abgedruckten Beiträge geben einen detaillierten Überblick zum Stand der Forschung und bauen auf der bisherigen Literatur auf, die sich quellenmäßig vor allem auf die zugänglichen Quellen in den Archiven in London und Washington stützte. Die Dokumente der sowjetischen/russischen Archive blieben weitgehend verschlossen. Nur wenige österreichische Historiker konnten einen partiellen Zugang zu russischen Quellen finden. Es waren dies vor allem Gerald Stourzh und Manfred Rauchensteiner, später Günter Bischof, sowie für seine TV-Dokumentationen der Journalist Hugo Portisch. Dies hat sich mittlerweile wesentlich geändert. Seit der großen Staatsvertrags-Ausstellung auf der Schallaburg/Niederösterreich, als zum ersten Mal seit 1955 das einzige im Archiv des Russischen Außenamtes aufbewahrte Original des Österreichischen Staatsvertrags der Öffentlichkeit gezeigt werden konnte, werden auch zunehmend russische Quellen rund um die Moskauer Deklaration und die Genese des Staatsvertrages geöffnet und für die historische Forschung zugänglich. Einige der in der historischen Forschung bereits bekannten sowjetischen Dokumente zur Moskauer Außenministerkonferenz von 1943 und zur Moskauer Deklaration über Österreich werden auch im Anhang des Bandes abgedruckt.

Der Band beruht auf zwei Konferenzen der Österreichisch-Russischen Historikerkommission vom Oktober 2013 aus Anlass des 70. Jahrestages der Deklaration. Die Initiativen zu den Tagungen gingen von der österreichischen Botschafterin in Moskau, Margot Klestil-Löffler, sowie vom russischen Botschafter in Wien, Sergej Netschajew, aus. Bei beiden möchte ich mich sehr

herzlich dafür und für die tatkräftige Unterstützung bei der Durchführung der Konferenzen bedanken. Die erste Tagung fand am 25. Oktober 2013 im Rahmen der Niederösterreich-Präsentation in der Russländischen Föderation unter dem Vorsitz von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll an der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau, die zweite wurde von der Russischen Botschaft und dem Russischen Kulturforum, beide Wien, vier Tage später an der Diplomatischen Akademie in Wien unterstützt. Alexander Tschubarjan hat als Co-Vorsitzender der Österreichisch-Russischen Historikerkommission die Bearbeitung der Thematik besonders gefördert.

Ich danke den Mitveranstaltern der Konferenzen: dem Österreichischen Kulturforum in Moskau (unter Simon Mraz), dem Russischen Kulturforum in Wien (unter Tatjana Mišukovskaja), der Russischen Staatlichen Geisteswissenschaftlichen Universität (Rektor Efim Pivovarov und 1. Vizerektor Alexander Bezborodov), dem Zukunftsfonds der Republik Österreich (Präsident Kurt Scholz und Generalsekretär Herwig Hösele), den Mitgliedern der Österreichisch-Russischen Historikerkommission sowie der Diplomatischen Akademie Wien (unter Direktor Hans Winkler).

Ebenso danke ich den Referenten beider Tagungen und den Autoren des Sammelbandes für ihre Beiträge sowie meinen Mitarbeitern am Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung, allen voran Herrn Doz. Dr. Peter Ruggenthaler, für die Mitorganisation der Konferenzen und die Vorbereitung des vorliegenden Sammelbandes.

Neben den wissenschaftlichen Beiträgen wird auch der Wortlaut der Podiumsdiskussion während der Konferenz in Wien abgedruckt. Sie zeigt insbesondere, dass die Interpretation der Moskauer Deklaration bzw. die Vergangenheitsbewältigung die österreichisch-sowjetischen/russischen Beziehungen kaum tangierte.

Die Arbeit unserer gemeinsamen, Österreichisch-Russischen Kommission, die auf eine Verständigung der Außenminister Ursula Plassnik und Sergej Lavrov im Jahre 2007 zurückgeht, wäre nicht so erfolgreich ohne die unermüdliche Arbeit, die dabei von Akademiemitglied Alexander Tschubarjan, Moskau, und den beiden Sekretären der Kommission, Barbara Stelzl-Marx und Viktor Iščenko, sowie den einzelnen Kommissionsmitgliedern geleistet wird.

Zu danken ist dem Böhlau Verlag für die Aufnahme dieses Buchs in die Reihe „Kriegsfolgen-Forschung“, allen voran Herrn Dr. Peter Rauch, Frau Dr. Ursula Huber und Frau Dr. Eva Reinhold-Weisz.

Alexander Tschubarjan

Vorwort

Am 25. und 29. Oktober fanden in Moskau und Wien internationale Konferenzen über die Moskauer Deklaration vom 30. Oktober 1943 statt. Ich freue mich, dass namhafte Wissenschaftler sich bereit erklärt haben, an diesen Konferenzen mitzuwirken. Besonderer Dank gilt den Organisatoren der Konferenzen auf russischer und österreichischer Seite, der österreichischen Botschafterin in Moskau, Margot Klestil-Löffler, und dem russischen Botschafter in Wien, Sergej Netschajew, sowie insbesondere der Diplomatischen Akademie in Wien, die uns nicht zum ersten Mal sehr herzlich in ihren Räumlichkeiten aufgenommen hat.

Die Moskauer Deklaration von 1943 ist in vielerlei Hinsicht von großer Bedeutung. Vor allem geht es dabei um ihre Bedeutung für die Republik Österreich und deren Anerkennung in der internationalen Politik der Nachkriegszeit.

Die Konferenzen ermöglichten uns den Zugang zu neuen Sichtweisen in der Erforschung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges allgemein. In letzter Zeit wurde eine beträchtliche Anzahl von bis dato unbekanntem Archivdokumenten freigegeben. Auch wenn der Handlungsmechanismus der Anti-Hitler-Koalition bereits weitgehend bekannt und erforscht ist, ergeben sich unter Berücksichtigung neuer Quellen immer wieder neue Zugänge. Die Mechanismen der damaligen Entscheidungsfindung zu verstehen, ist auch für heute relevant.

Die Hinwendung zu diesen Fragen stellt eine sehr wichtige Etappe in der Tätigkeit unserer bilateralen russisch-österreichischen Historikerkommission dar. Ich möchte besonders hervorheben, dass die überaus rege Aktivität unserer Kommission vor allem dank der Bemühungen meines Freundes und Co-Vorsitzenden der Kommission, Stefan Karner, und des Vorsitzenden der Russisch-Deutschen Historikerkommission, Horst Möller, ermöglicht wird. Die beiden haben grundlegend dazu beigetragen, dass diese bilateralen Historikerkommissionen ins Leben gerufen wurden. Die Russisch-Deutsche Kommission besteht bereits seit mehr als zehn Jahren und tagt jährlich. Diese Zusammenarbeit legte den Grundstein für die Gründung weiterer gemeinsamer Kommissionen, einen Prozess, der derzeit recht aktiv fortgesetzt wird.

Wichtig wäre auch anzumerken, welche Bedeutung die Arbeit der russisch-österreichischen Historikerkommission für die Erforschung jener Ver-

handlungsprozesse hat, in denen Österreich allgemein und Wien im Besonderen Zentrum internationaler Begegnungen waren. In diesem Jahr begehen wir gemeinsam den 200. Jahrestag des Abschlusses des Wiener Kongresses. Im Rahmen der österreichisch-russischen Kommission haben wir 2011 auch das Gipfeltreffen zwischen John F. Kennedy und Nikita Chruschtschow 50 Jahre zuvor, 1961, in Wien behandelt. Damals, am Höhepunkt des Kalten Krieges, war Österreich nicht nur das Land, in dem das Treffen stattfand, es präsentierte sich auch als progressiver Staat, der dazu in der Lage war, an Verhandlungen von internationaler Bedeutung teilzunehmen, und als Vermittler zwischen den Großmächten zu fungieren.

Die Pläne unserer Kommission können durchaus als sehr ambitioniert bezeichnet werden. Neben der Unterstützung, die wir von den Außenministerien Österreichs und Russlands erhalten, ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für unseren Erfolg die persönliche Initiative von Stefan Karner. Unsere gemeinsame Arbeit erfordert die ständige Suche nach neuen Ideen und Zugängen und deren Umsetzung. Österreich ist sich seines Einflusses in Mittel- und Osteuropa durchaus bewusst. Und gerade die Erforschung der Probleme Mittel- und Osteuropas in der Vergangenheit wie auch in der Gegenwart ist heute der zentrale Punkt unserer Zusammenarbeit. Ich möchte somit nicht nur den österreichischen, sondern auch den russischen Kommissionsmitgliedern meinen Dank aussprechen.

Horst Möller

Die Moskauer Außenministerkonferenz von 1943

Einleitende Bemerkungen

Die Außenminister der drei führenden Großmächte der Anti-Hitler-Koalition Anthony Eden, Cordell Hull und Vjačeslav M. Molotov vereinbarten am 30. Oktober 1943 in Moskau die „Moskauer Erklärung über Österreich“ und veröffentlichten sie am 1. November als Annex 6 zu einem gemeinsam unterzeichneten Schlussprotokoll. Die Frage, was aus Österreich nach dem Krieg werden sollte, bildete also ein eher nachrangiges Thema der Konferenz. Doch so bescheiden dieser gar nicht unterschriebene Anhang – einer unter vielen – daherkam, so konstitutiv wurde er für die Nachkriegsentwicklung Österreichs und die Gründung der Zweiten Republik. Tatsächlich kann man diesen Text als Geburtsurkunde der heutigen Bundesrepublik Österreich ansehen. Der Schlüsselsatz lautete: „Die Regierungen des Vereinigten Königreiches, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika sind darin einer Meinung, dass Österreich, das erste freie Land, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer fallen sollte, von deutscher Herrschaft befreit werden soll.“ Allein in diesem Satz lagen drei Initialzündungen: eine historische Deutung, die die „Opferrolle“ Österreichs für das spätere Selbstverständnis legitimierte, eine politisch-militärische Absichtserklärung zur „Befreiung“ und eine völker- und staatsrechtliche Programmatik.

Der „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich am 13. März 1938, der in der Moskauer Erklärung falsch auf den 15. März datiert wurde, wird historisch verkürzt ausschließlich als „Besetzung“ bezeichnet. Zu dieser Feststellung steht die anschließend erwähnte Verantwortung für die „Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands“ in einem logischen Widerspruch, da ein besetztes Land in einer solchen Situation zur Kriegsteilnahme gezwungen wird und nicht freiwillig-selbstverantwortlich entscheidet. Auch diese Widersprüchlichkeit zeigt: Die Moskauer Erklärung ist trotz ihrer vorgeblich historischen Interpretation kein die historischen Fakten darstellendes Dokument, sondern ein politisches. Daraus folgt die erklärte Absicht, Österreich sowohl militärisch als auch politisch aus den Fängen des nationalsozialistischen Deutschland zu befreien. Hierin liegt der entscheidende Unterschied zur berühmten amerikanischen Direktive CS 1067, in der es ausdrücklich hieß: Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung. Die in

der Moskauer Erklärung angekündigte Befreiung Österreichs bedeutete die Wiederherstellung einer freien und unabhängigen Republik Österreich, weil alle Maßnahmen seit dem 13. März 1938 nicht allein als völkerrechtlich illegal, sondern auch als innenpolitisch illegitime Besatzungsregelungen, also als Unterdrückung Österreichs, bewertet wurden: Das Land selbst trug gemäß dieser Deutung keine Verantwortung, also war nicht allein die Besetzung selbst „null und nichtig“, sondern auch sämtliche von ihr ausgehenden politischen, staats- und zivilrechtlichen Regelungen.

Diese Interpretation der Moskauer Erklärung erlaubte es nach 1945 sowohl der Bevölkerung als auch den politischen Parteien, Österreich ausschließlich als Opfer zu sehen und die differenzierte Mitverantwortung eines Teils der Österreicher für die nationalsozialistische Machtergreifung in ihrem Land zu leugnen. Auch ihre innerösterreichischen Folgen, beispielsweise die antijüdische Politik sowie die Rolle österreichischer Nationalsozialisten im eigenen Land und im Gesamtgefüge des nationalsozialistischen Herrschaftssystems traten folglich in den Hintergrund. Die historische Ambivalenz des „Anschlusses“ von 1938, die Österreich tatsächlich zu einem Opfer, zugleich aber zu einem Akteur machte, wurde erst in einem gewissen Abstand reaktualisiert. Dies prägte die spezifische Form der Auseinandersetzung Österreichs mit der eigenen Geschichte. Andererseits hat die nationalsozialistische Gewaltherrschaft den Österreichern den ursprünglich 1918/19 auf beiden Seiten bestehenden Wunsch nach einem föderativen Staat mit den Deutschen – und damit ein Anknüpfen an die über Jahrhunderte gemeinsame Geschichte buchstäblich ausgetrieben: Auch hier erreichte Hitler das Gegenteil des Gewollten.

Die Moskauer Erklärung bot eine optimale Chance für Österreich, einen selbstständigen Staat wiederherzustellen. Diese Chance haben die politischen Kräfte ebenso energisch wie zielstrebig ergriffen: Alles andere wäre politischer Unsinn gewesen und hätte Österreich nach 1945 in eine äußerst schwierige Lage gebracht. Wenngleich dieser politische Weg Österreichs nach 1945 ohne Weiteres nachvollziehbar und begründet ist, so stellen sich doch historische Fragen: Wie kam die Moskauer Erklärung zustande, wer ergriff die Initiative? Welche Motive hatten die Regierungen der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion für die Moskauer Erklärung vom 1. November 1943?

Wir wissen, dass das britische Außenministerium aufgrund eines Memorandums vom Frühjahr 1943 über die Zukunft Österreichs die Initiative ergriff. In diesem Dokument wurden vier verschiedene Alternativen analysiert und drei von ihnen verworfen. Die Wiederherstellung Österreichs als selbstständiger Staat blieb übrig, den Winston Churchill in einem weiteren Mitteleuropakonzept verortete, während Franklin D. Roosevelt zwar ebenfalls

im weiteren geografischen Kontext dachte, aber sogar ein kommunistisch beherrschtes Österreich nicht ausschloss. Die Sowjetunion sah durchaus, welche Rolle Großbritannien einem unabhängigen Österreich zumaß, widerstrebte aber einer solchen Lösung nicht, weil darin eine Schwächung Deutschlands gesehen wurde. Die für Österreich so positive Moskauer Erklärung wurde möglich, weil alle drei Alliierten diese Lösung als abhängiges Instrument ihrer Deutschlandpolitik betrachteten: Diese deutschlandpolitische Zielsetzung dürfte der ausschlaggebende Grund für die geplante Befreiung Österreichs gewesen sein. Doch bedarf die alliierte Motivlage der genaueren und für die beteiligten Regierungen je spezifischen Analysen, um offene Fragen zu klären: Die folgenden Beiträge geben die notwendigen Antworten.

Geoffrey Warner

Großbritannien und die Moskauer Außenministerkonferenz 1943

Im Buch meines verstorbenen Freundes und Kollegen Keith Sainsbury zur Konferenz von Teheran 1943, das 1985 im Oxford University Press Verlag unter dem Titel „The Turning Point“¹ erschienen ist, findet sich, neben vielem anderen, bereits eine exzellente Schilderung der Rolle der Briten bei der Moskauer Außenministerkonferenz von 1943. Dieses Standardwerk ist immer noch jedermann zu empfehlen.

Der britischen Seite ging es bei der Moskauer Konferenz um zwei Dinge: zum einen um die unmittelbaren Probleme und zum anderen um langfristige Pläne. Die langfristigen Pläne ergaben sich natürlich aufgrund der Entwicklung des Krieges selbst. Nach dem sowjetischen Sieg in Stalingrad und dem anglo-amerikanischen Feldzug in Nordafrika wurde allen Betroffenen immer klarer, dass die Achsenmächte den Krieg verlieren würden – wenn nicht schon bald, dann zumindest auf lange Sicht. Wie die Welt nach dieser Niederlage aussehen sollte, diese Frage beschäftigte die Alliierten immer mehr. Viele Schlachten waren noch zu schlagen, und die Planungen mussten idealerweise koordiniert erfolgen.

Das dringlichste Problem war, wo und wann die Konferenz – die erste, bei der Vertreter Großbritanniens, der USA und der Sowjetunion aufeinandertreffen würden – abgehalten werden sollte. Dies erwies sich als schwierig. Die Briten wollten sie in London durchführen, die Sowjetunion in Moskau. Der britische Außenminister Anthony Eden war erzürnt, als Präsident Franklin D. Roosevelt dem Drängen der sowjetischen Seite nachgab und die Konferenz in Moskau stattfinden sollte. „Seine [Roosevelts] Festlegung, einem Treffen in London nicht zuzustimmen“, schrieb er am 10. September 1943 in sein Tagebuch, „ist beinahe beleidigend, wenn man bedenkt, wie oft wir in Washington waren. Ich bin sehr für gute Beziehungen mit den USA, aber ich mag keine Unterwürfigkeit ihnen gegenüber und ich bin sicher, dass uns dies in Zukunft nur Schwierigkeiten bringen wird.“

Als die Konferenz erst einmal begonnen hatte, hatten sowohl Großbritannien als auch die USA nicht viel Wahl und mussten der Forderung ihres Gastgebers, „Maßnahmen zur Verkürzung des Krieges gegen Deutschland und

1 Keith Sainsbury Roosevelt, Stalin, Churchill, and Chiang-Kai-Shek 1943. Oxford 1985.

seine Verbündeten in Europa“ zu diskutieren, breiten Raum auf der Tagesordnung einräumen. Es handelte sich dabei um eine Anspielung auf die Operation „Overlord“, die Errichtung einer zweiten Front in Form einer anglo-amerikanischen Invasion in Frankreich, die für 1943 versprochen gewesen war, aber im Mai desselben Jahres – sehr zum Ärger der UdSSR – auf den Frühling 1944 verschoben worden war. Die Briten, insbesondere Premierminister Winston Churchill, wollten in Moskau überhaupt keine militärischen Fragen diskutieren. „Die Russen“, schrieb er am 3. September 1943 an Eden, „werden einen General mitbringen, dem es nicht gestattet sein wird, irgendetwas anderes zu tun, als auf die sofortige Errichtung einer zweiten Front zu drängen...“. Eden warnte ihn jedoch, dass die „Russen“ dies wahrscheinlich nicht akzeptieren würden, und er sollte recht behalten. Tatsächlich wurde das Problem noch verschärft, als im Laufe der Konferenz eine Nachricht vom Kommandanten der Alliierten in Italien eintraf, der meldete, dass der Einsatz dort schlechter verlief als erwartet und dass dies den Zeitplan der Operation „Overlord“ beeinträchtigen könnte. Eden hatte keine andere Wahl, als die schlechte Nachricht am 27. Oktober 1943 an Josef Stalin weiterzuleiten, und er war überrascht, als der sowjetische Führer, wie es der britische Außenminister ausdrückte, „keine Spur von Enttäuschung zeigte“.

Noch überraschender war vielleicht die durch persönliche Diskussionen zwischen Eden, Stalin und Wjačeslav M. Molotov erreichte rasche Beilegung des bitteren Disputs über den Stopp der Versorgungskonvois zu den sowjetischen Häfen in der Arktis, welcher kurz vor Beginn der Konferenz dazu geführt hatte, dass Stalin Churchill eine Nachricht schickte, die dieser als so beleidigend empfand, dass er sich weigerte, sie anzunehmen. Was ich sagen kann, ist, dass die beruhigende sowjetische Einstellung zu dieser Problematik enormen Einfluss auf die britische Ansicht darüber hatte, dass die Moskauer Konferenz ein großer Erfolg gewesen sei.

Ähnlich verhielt es sich im Fall der ursprünglichen sowjetischen Haltung, dass die Türkei und Schweden durch Druck der Alliierten dazu gebracht werden sollten, sich dem Krieg gegen Deutschland anzuschließen – unmittelbar im Falle der Türkei und indirekt im Fall Schwedens, das seine Flugplätze den Alliierten zu Verfügung stellen sollte. Die Briten waren dagegen, auch wenn sie bereit waren, die Türken Schritt für Schritt zu einer Beteiligung am Krieg zu bewegen. Tatsächlich führte Eden nach Beendigung der Konferenz darüber lange Gespräche mit dem türkischen Außenminister, er erreichte jedoch absolut nichts. Interessanterweise hatte er Molotov sogar vorgeschlagen, dieser solle ihm einen sowjetischen Beamten „leihen“, der im dabei helfen sollte, den Türken die Sache darzulegen. Der sowjetische Außenminister hatte jedoch sein totales Vertrauen in Edens diplomatische Fähigkeiten geäu-

ßert, meiner Meinung nach ein sicheres Zeichen dafür, dass er und Stalin die Idee bereits aufgegeben hatten.

Eine kurzfristige Frage, die nicht zur britischen Zufriedenheit gelöst wurde, war der vorgeschlagene Vertrag zwischen der Sowjetunion und der tschechoslowakischen Exilregierung. Eden sagte zum Kriegskabinetts vor der Konferenz, er habe zum Zeitpunkt von Molotovs Besuch in London und der Unterzeichnung des britisch-sowjetischen Vertrages vom 26. Mai 1942 geglaubt, dass „beide Regierungen davon Abstand nehmen sollten, Verträge über die Nachkriegszeit mit kleineren Verbündeten zu unterzeichnen“, abgesehen davon, dass es wichtig sei, in Bezug auf die Untertänigkeit dieser Verbündeten einen Wettbewerb zwischen Großbritannien und der Sowjetunion zu vermeiden. Eden erklärte, dass ein solcher Vertrag als gegen Polen gerichtet aufgefasst worden wäre, dessen Exilregierung gerade Zeuge davon geworden war, wie die diplomatischen Beziehungen nach dem aufgrund des Massakers von Katyn entstehenden Aufruhrs von der Sowjetunion abgebrochen worden waren. Er sagte, er wolle versuchen, die sowjetische Zustimmung zu einer formalen „selbstverleugnenden Vereinbarung“ zu erlangen, welche solche Verträge abdecken sollte, die sowohl Großbritannien als auch die Sowjetunion inkludierten, obwohl er, sollte die Atmosphäre günstig sein, „bereit wäre, am Versuch mitzuwirken, ein trilaterales Abkommen zwischen der UdSSR, Polen und der Tschechoslowakei zu arrangieren“. In diesem Fall war jedoch die Atmosphäre bei Weitem nicht günstig, und in Bezug auf Polen konnte kein Fortschritt erzielt werden. Eden sah sich gezwungen, seinen Vorschlag über eine „selbstverleugnende Vereinbarung“ wieder aufzugeben, und der sowjetisch-tschechoslowakische Beistandsvertrag wurde ordnungsgemäß im Dezember 1943 in Moskau unterzeichnet.

Auch in einem anderen Teil Osteuropas – dem Balkan – gelang es Großbritannien nicht, die sowjetische Unterstützung für einen Pakt zwischen den rechten Widerstandsgruppen von General Dragoljub Mihailović und den kommunistischen Partisanen unter Tito zu erreichen. Wie Eden jedoch am 25. Oktober 1943 nach London meldete, „schien Molotov nicht geneigt, sich auf eine Diskussion zu diesen Balkanfragen einzulassen“, während die Amerikaner die Angelegenheit nur noch schlimmer machten, indem sie vorschlugen, dass ihrem „Office for Strategic Services“ (OSS) gestattet werden sollte, im Land zu operieren – eine Vorstellung, die Eden als „unkoordinierte und amateurhafte Intervention“ bezeichnete, die nur in „hoffnungsloser Verwirrung“ enden würde.

Was die langfristigen Themen betrifft, war einer der britischen Erfolge die Österreich-Deklaration zu Österreich, die bei der Moskauer Konferenz unterzeichnet wurde. Bereits im August 1943 war ein britischer Entwurf der spä-

teren Deklaration an die Regierungen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gesendet worden. Churchill versuchte, Otto von Habsburg ins Spiel zu bringen, und drängte Eden, seine (Churchills) Erfahrung und Kenntnis in europäischer Geschichte zu berücksichtigen, woraufhin der Außenminister einen spitzen Kommentar in Bezug auf das fragliche Dokument äußerte und sagte, dass auch er über ähnliche Erfahrung und ähnliches Wissen verfüge und dass jegliche Andeutung in Richtung einer Restauration der Habsburgermonarchie kontraproduktiv sei.

Die Briten waren auch hauptverantwortlich für die Einrichtung der Europäischen Beratenden Kommission (EAC), eines gemeinsamen Organes aller Alliierten mit Sitz in London, das Vorbereitungen für mögliche Waffenstillstände und Kapitulationen vonseiten des Feindes traf. Dies ging ursprünglich auf einen Vorschlag Stalins zurück, der sich in einer Nachricht an den britischen Premierminister am 22. August 1943 über die unilateralen Bemühungen der Briten und Amerikaner in Bezug auf den Umgang mit Italiens Kapitulation und seine darauffolgende Kriegsbeteiligung beschwert und eine militärpolitische Kommission der drei Mächte vorgeschlagen hatte, die sich mit den in diesem Zusammenhang stehenden Fragen befassen sollte. Eden und das Foreign Office warteten mit dem EAC und einem separaten Organ auf, das sich mit Italien befassen sollte. Dies bezog oberflächlich auch den sowjetischen Standpunkt mit ein, tatsächlich wurde dadurch aber die zuvor hier bereits ausgeübte anglo-amerikanische Kontrolle, die die Russen so irritiert hatte, bewahrt. Letztere konnten sich jedoch revanchieren, indem sie nach dem Vormarsch der Roten Armee in Bulgarien, Rumänien und Ungarn ihre Führungsrolle in den in diesen Ländern eingesetzten Alliierten Kommissionen sichern konnten.

In der Zwischenzeit befasste sich die EAC mit derartig wichtigen Fragen wie den Zonengrenzen für das besetzte Deutschland, sie konnte jedoch das Problem der Zukunft Deutschlands an sich nicht lösen. Dies wurde vom britischen Kriegskabinett vor der Moskauer Konferenz sehr detailliert erörtert, man konnte sich jedoch nicht einigen, und schon gar nicht in Moskau selbst.

Abschließend ist interessant, dass Edens damalige Aufzeichnungen darüber, wie freundlich und zugänglich die „Russen“ bei der Moskauer Konferenz gewesen waren, noch mehr als zehn Jahre später, am Höhepunkt des Kalten Krieges, in den Aufzeichnungen der britischen Konferenzteilnehmer erwähnt und festgehalten wurden. Ich beziehe mich hier auf die Aufzeichnungen von Churchills Stabschef Hastings Ismay und des Diplomaten William Strang, der später Vorsitzender der EAC wurde. Vielleicht erwähnte man das nur, um das sowjetische Verhalten vorher und nachher zu vergleichen, oder als wehmütige Anspielung darauf, was alles hätte sein können. Die Er-

gebnisse der Konferenz konnten jedenfalls ganz sicher nicht der Grund dafür sein. Zugegebenermaßen wurden zahlreiche gut gemeinte Grundsatzserklärungen vereinbart und Organe wie die EAC gegründet, aber die involvierten Parteien verwendeten all das weiterhin auf ihre Art und für ihre Zwecke. Zwischen Großbritannien und der Sowjetunion gab es grundlegende Meinungsverschiedenheiten über die Zukunft Europas, und auch wenn die Moskauer Konferenz vielleicht einige Risse in der Wand übertünchen konnte, so schaffte sie es doch nicht, die Wand neu zu tapezieren.

Übersetzung aus dem Englischen: Julija Schellander

Vasilij S. Christoforov

Die Moskauer Konferenz 1943: Außenpolitische Initiativen und Erwartungen der UdSSR

Die Moskauer Außenministerkonferenz wurde einberufen, um die notwendigen Bedingungen für die Organisation des ersten persönlichen Treffens der Staatschefs der UdSSR, der USA und Großbritanniens in Teheran zu besprechen, und des Weiteren, um die Positionen der Verbündeten in der Nachkriegsordnung sowie andere Fragen, die von gemeinsamem Interesse waren, zu erörtern. Jedes der an der Konferenz teilnehmenden Länder trat sowohl bei der Vorbereitung auf die Konferenz als auch in deren Verlauf mit unterschiedlichen Initiativen auf. Zugleich hofften die Staaten der Anti-Hitler-Koalition und die neutralen Länder, dass es gelingen werde, eine Übereinkunft über die schnelle Eröffnung einer zweiten Front in Europa zu erreichen und die Niederlage der deutschen Wehrmacht zu beschleunigen.

Während der Vorbereitung der Konferenz war Moskau darauf bedacht, schnellstmöglich die Absichten und Pläne Washingtons und Londons herauszufinden. Denn die Verbündeten beeilten sich nicht, die Karten offen auf den Tisch zu legen, obwohl sie intensiv an den Tagesordnungspunkten arbeiteten.

In der britischen Botschaft in der UdSSR wurde seit der ersten Septemberhälfte tatkräftig am Entwurf einer Konferenzordnung gearbeitet. An ihrer Konzipierung waren hauptsächlich der Botschafter Archibald Clark Kerr und der Erste Botschaftssekretär Moore Crosthwaithe beteiligt. Sie versuchten, die Position der US-Seite in den unterschiedlichen Aspekten künftiger Verhandlungen vorherzusehen, und waren der Meinung, dass sich die amerikanische Seite nicht mit der bestehenden Beziehung zwischen den „Polen und Russen“ einverstanden erklären würde. Crosthwaithe schlug eine aus elf Punkten bestehende Konferenzordnung vor. Kerr zweifelte an der Notwendigkeit einer so detaillierten Aufstellung der Tagesordnung. Jedoch schickte Kerr, nach der Bestätigung des Entwurfs der Tagesordnung durch die britische Regierung, Vjačeslav M. Molotov einen Entwurf, der bereits 13 Punkte enthielt. Am 1. Oktober 1943 teilte Kerr mit, einen weiteren Punkt hinzufügen zu wollen: „Die Politik in Bezug auf das Territorium der verbündeten Länder, das nach der Offensive der Streitkräfte der Verbündeten befreit wurde.“¹

1 CA FSB, Dokumentensammlung.

Auf diese Weise wurden auf Initiative Großbritanniens 14 Punkte in die Tagesordnung aufgenommen, darunter die Gründung eines „Apparats für die Behandlung von Fragen, die eine tägliche und enge Zusammenarbeit erfordern“; ein Meinungsaustausch zur Lage in Italien und am Balkan; zur Beziehung zum Französischen Komitee und zur Bildung einer möglichen französischen Regierung; der Umgang mit Deutschland und anderen feindlich gesinnten Ländern in Europa – zu einer friedlichen Beilegung, zu den Grenzen der militärischen Okkupationsgebiete, zur Abrüstung, zu den Reparationen, zur Dezentralisierung des deutschen Regierungssystems etc.; die Frage der Einigung zwischen den Haupt- und anderen Verbündeten bei Nachkriegsfragen; die gemeinsame Politik in puncto Türkei und Iran; die Beziehungen zwischen der UdSSR und Polen; die Zukunft Polens sowie der Donau- und Balkanländer inklusive der Frage möglicher Föderationen; schließlich die Frage der gemeinsamen Verantwortung für Europa.

Der amerikanische Entwurf für die Tagesordnung der Konferenz, der am 20. September dem Volkskommissariat für äußere Angelegenheiten übermittelt wurde, war lakonischer als der britische, jedoch waren darin mehr interessante Initiativen enthalten: eine Deklaration der vier Nationen zur Frage der allgemeinen Sicherheit; Methoden zur Behandlung aktueller politischer und wirtschaftlicher Fragen; die internationale, militärische, politische und wirtschaftliche Kontrolle Deutschlands nach dem Waffenstillstand sowie Schritte, die auf eine endgültige Regelung ausgerichtet waren: ein künftiges Statut des deutschen Regierungssystems, Grenzen und andere Fragen, die Zusammenarbeit bei der Wiederherstellung von Kriegsschäden in der UdSSR; gemeinsame Handlungen bei Hilfeleistungen für andere Länder; Zusammenarbeit bei der Behandlung von Fragen wie Nahrungsmittel und Landwirtschaft, Transport und Kommunikationsmittel, Finanzen und Handel sowie Reparationen.

Washington maß der Vorbereitung und der Unterzeichnung der „Deklaration der vier Staaten“ (die „Großen Drei“ plus China) in der Frage der allgemeinen Sicherheit große Bedeutung bei. Nach Meinung der Amerikaner sollte dies die Zusammenarbeit der Länder der Anti-Hitler-Koalition nach Beendigung des Krieges gewährleisten. US-Präsident Franklin D. Roosevelt und US-Außenminister Cordell Hull erachteten die Unterzeichnung der „Deklaration der vier Staaten“ als eines der Hauptziele der Konferenz. In der Sowjetunion wollte man anfangs keine „Vier-Mächte-Deklaration“ in Moskau erörtern, worüber Stalin am 6. Oktober Roosevelt persönlich informierte. Als Hull von der negativen Reaktion der sowjetischen Seite auf den Vorschlag Washingtons erfuhr, reagierte er enttäuscht. Jedoch wurde Hull nach seiner Ankunft in Moskau angenehm überrascht. Die sowjetische Seite erklärte sich

damit einverstanden, die Erörterung einer „Vier-Mächte-Deklaration“ in die Tagesordnung aufzunehmen.

Die sowjetische Seite brachte eine Frage in die Besprechung ein, die zum wichtigsten Punkt der Tagesordnung der Konferenz wurde, und schlug vor, Maßnahmen für eine schnellere Beendigung des Krieges in Europa zu treffen. Im Grunde genommen waren in diesem Punkt der Tagesordnung drei Fragen enthalten: der zeitliche Rahmen für die Eröffnung einer zweiten Front in Europa, ein eventueller Kriegseintritt der Türkei und die Errichtung von Luftwaffenstützpunkten in Schweden. Die sowjetische Seite war bestrebt, herauszufinden, ob die früher von Churchill und Roosevelt gegebene Erklärung für eine Landung in Nordfrankreich im Frühjahr 1944 in Kraft bleiben würde. Die Antwort der Engländer und Amerikaner war im Allgemeinen ausreichend: Molotov wurde versichert, dass die früher getroffenen Entscheidungen über den Zeitpunkt des Beginns der Operation „Overlord“ bestehen bleibe.

Um den Krieg zu verkürzen, sollten die neutrale Türkei unverzüglich in den Krieg eintreten und das neutrale Schweden den Verbündeten Luftwaffenstützpunkte zur Verfügung stellen.² Auf Initiative Anthony Edens wurde der Türkei ein gemeinsamer Vorschlag gemacht, bis Ende 1943 in den Krieg einzutreten. Einstweilen fragte man in Ankara an, Luftwaffenstützpunkte zur Verfügung zu stellen. Diese Variante wurde in der Folge in das „Protokoll über die Türkei“ aufgenommen.

Der Vorschlag der UdSSR zu Schweden verwunderte die westlichen Verbündeten. Als die sowjetischen Initiativen in Bezug auf Schweden erörtert wurden, merkte Eden an, dass Stockholm im Gegenzug für eine Bereitstellung von Luftwaffenstützpunkten auf seinem Territorium die Haltung der sowjetischen Regierung zu Finnland in Erfahrung bringen könnte.³ Nicht nur in Stockholm, sondern auch in Washington war man bemüht, die Haltung Moskaus in Bezug auf Helsinki zu verstehen. Molotov lehnte es ab, die Frage der schwedischen Luftwaffenstützpunkte mit Finnland zu junktimieren. Schlussendlich einigten sich die drei Mächte lediglich darauf, die „Erörterung der Frage“ fortzuführen. Moskau war gegenüber der schwedischen Politik, vor allem wegen des Transfers militärischer Güter nach Finnland, negativ eingestellt. Während des Gesprächs mit dem schwedischen Gesandten Vil-

2 Sovetskij Sojuz na meždunarodnych konferencijach perioda Velikoj Otečestvennoj vojny 1941–1945. Bd. 1. Moskovskaja konferencija ministrov inostrannyh del SSSR, SŠA i Velikobritanii (19–30 oktjabrja 1943 g.). Sbornik dokumentov. Moskau 1978, S. 90.

3 Sovetskij Sojuz na meždunarodnych konferencijach perioda Velikoj Otečestvennoj vojny 1941–1945, S. 103 f.

helm Assarson am 18. September wies Molotov darauf hin, dass der Transport von militärischen Gütern, die für den Krieg gegen die UdSSR bestimmt seien, via Eisenbahn von Deutschland über Schweden nach Finnland weiter anhalte.⁴ Im November 1943 wurde von der sowjetischen Auslandsaufklärung eine ausführliche Liste der Verstöße gegen die Neutralität Schwedens zugunsten Deutschlands erstellt.⁵

Auf der Moskauer Konferenz rief die Frage einer „Vier-Mächte-Deklaration“ heftige Diskussionen hervor. Am 21. Oktober präsentierte Hull eine Variante der Deklaration, in der ein Punkt eingefügt worden war, wonach die Deklaration die Beziehungen zwischen den Unterzeichnerstaaten und den Mächten, mit denen sich diese „nicht im Kriegszustand“ befanden, nicht berühren werde.⁶ Dieser Punkt sollte die UdSSR im Hinblick auf eine eventuelle Verschärfung der Beziehungen mit Japan beruhigen. Auf der Sitzung am 26. Oktober erklärte sich Molotov mit diesem Vorschlag der Amerikaner einverstanden – und auch damit, dass die chinesische Seite die Deklaration ebenfalls unterschreiben sollte. Am 30. Oktober setzte der Botschafter Chinas, Foo Pingsheung, seine Unterschrift unter die Deklaration. Der Botschafter Chinas war „übermäßig entzückt davon, dass man ihn zur Unterzeichnung der Deklaration der vier großen Mächte“ eingeladen hatte. Denn nun „spüren die Chinesen, dass nicht nur England und Amerika, sondern auch die Sowjetunion dafür eintreten, die Japaner endgültig aus China zu verjagen und China die Möglichkeit zu geben, sich mit seinem Umbau zu befassen“.⁷

Eine wichtige Entscheidung der Moskauer Außenministerkonferenz, die mit der deutschen Frage in engem Kontext stand, war die „Deklaration über Österreich“ – das Thema dieses Bandes. Hingewiesen sei hier vor allem darauf, dass sich im Zentralarchiv des Föderalen Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation (CA FSB RF) Dokumente befinden, die insbesondere die in der Moskauer Deklaration von den Alliierten geforderte Widerstandstätigkeit sowie Nachrichten der sowjetischen Aufklärung betreffen. Darunter sind Materialien zur Widerstandsbewegung „O5“, zur „Österreichischen Liga demokratischer Freiheitskämpfer“, zur sowjetischen Gegenspionage „Smerš“ oder zu Carl Szokoll und zum militärischen Widerstand.

Übersetzung aus dem Russischen: Angelika Kermautz

4 Oleg Ken – Aleksandr Rupasov – Lennart Samuelson, Švecija v politike Moskvy. 1930–1950-e gody. Moskau 2005, S. 323 f.

5 Siehe dazu auch: Organy gosudarstvennoj bezopasnosti v Velkoj Otečestvennoj vojne. Bd. 4. 2. Buch. Moskau 2008, S. 580–583.

6 Sovetskij Sojuz na meždunarodnych konferencijach perioda Velikoj Otečestvennoj vojny 1941–1945, S. 256.

7 CA FSB, Dokumentensammlung.

Vladimir Pečatnov

Die Moskauer Außenministerkonferenz 1943: Strategien und Taktiken der Verhandlungspartner

Die Moskauer Außenministerkonferenz des Jahres 1943, deren Abhaltung heute als logisch-folgerichtig und sogar unausweichlich erscheint, war eine der ungewöhnlichsten diplomatischen Aktivitäten in den Jahren des Zweiten Weltkrieges, die nach ihrem beinahe zufälligen Zustandekommen von niemandem erwartete und umfassendste Ergebnisse nach sich ziehen sollte.

Wirft man eingangs einen Blick auf ihre Genese, können als Ausgangspunkt dieser Konferenz, wie die meisten wissenschaftlichen Beiträge zur diplomatischen Geschichte in den Kriegsjahren, zu Recht die Mitteilungen Stalins an Roosevelt und Churchill vom 8. und 9. August 1943 angesehen werden. In ihnen wurde zum ersten Mal die Einberufung einer Konferenz „wesentlicher Entscheidungsträger“ der drei Großmächte im Vorfeld des geplanten Treffens der „Großen Drei“ vorgeschlagen. Aber wie war Stalin auf diese Idee gekommen und welche Bedeutung hatte er ihr beigemessen?

Dazu sei darauf verwiesen, dass sich die Beziehungen zwischen den Alliierten zu dieser Zeit in einer Krise befanden, die durch den von den USA und Großbritannien auf der Trident-Konferenz gefassten Beschluss entstanden war, die Eröffnung einer zweiten Front zum wiederholten Male aufzuschieben. Im Kreml hatte man davon am Vorabend der Wehrmachtsoption „Zitadelle“ erfahren und diese Neuigkeit mit dementsprechender Verbitterung aufgenommen.

Als Reaktion darauf verfasste Stalin eine harsche Antwort an Roosevelt und ließ Churchill, den man als Hauptbetreiber des doppelbödigen Spiels der Alliierten in der Frage einer zweiten Front erachtete, eine noch verbittertere Mitteilung zukommen. Wütend über Stalins Rüge dachte Churchill zunächst daran, die Korrespondenz mit Stalin gänzlich einzustellen,¹ doch Anfang Juli gelangte der britische Premierminister zur Einsicht, dass ein Meinungsaustausch mit der sowjetischen Seite unabdingbar war, und konnte kaum mehr das Eintreffen einer Antwort auf seine versöhnliche Botschaft erwarten.

Auch Roosevelt hartete ungeduldig einer Reaktion Stalins auf seine gehei-

1 Prime Minister to the British Ambassador, Moscow, 29 June, 1943, in: The National Archives (Kew, England; im Folgenden: TNA), Prime Minister's Office (im Folgenden: PREM), 3/333/5.

me Einladung zu einem Vieraugen-Treffen, die bereits Ende Mai über Joseph Davies übermittelt worden war. Doch ungeachtet der höflichen Erinnerungen des Präsidenten und von Davies² hüllte sich der Kreml in Schweigen. Stattdessen erfolgte die Abberufung der im Westen geschätzten Botschafter Ivan M. Majsikij und Maksim M. Litvinov, was als beunruhigendes Signal des Moskauer Unmutes angesichts der alliierten Inaktivität gedeutet wurde. Insgesamt unterbrach Stalin die Korrespondenz mit seinen Verbündeten für beinahe einhalb Monate, was bei diesen doch erhebliche Nervosität hervorrief.

Am 7. und 8. August trafen im Kreml zwei neue Depeschen ein, bei denen es sich zum einen um ein Glückwunschtelegramm Roosevelts (anlässlich der Einnahme von Orel durch die Rote Armee) und zum anderen um eine Mitteilung der britischen Regierung handelte, in der über das bevorstehende Treffen von Roosevelt und Churchill in Québec informiert und der Vorschlag Churchills über ein Treffen der drei Staatschefs in Scapa Flow oder „an einem beliebigen anderen Ort, der dem Marschall und dem Präsidenten genehm ist“,³ wiederholt wurde. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Situation an der sowjetisch-deutschen Front bereits grundlegend geändert: Das Unternehmen „Zitadelle“ war gescheitert und die Rote Armee an den meisten Frontabschnitten zum Gegenangriff übergegangen und im vollen Besitz der strategischen Initiative. Der Kriegsverlauf hatte eine entscheidende Wendung genommen. Dadurch hatte sich auch die Stimmungslage Stalins gebessert und sich seine Haltung in Bezug auf das bereits lange geplante Treffen der „Großen Drei“ geändert. Nunmehr konnte er sich als Sieger präsentieren und aus einer ebenbürtigen Position heraus agieren, wenn nicht sogar sich als Stärkster in Szene setzen. Dennoch war keinerlei Eile geboten, denn im Hinblick auf die militärischen Erfolge war die Zeit zweifellos Stalins Verbündeter. Da aber auch die Erteilung einer klaren Absage an Roosevelt nicht diplomatisch gewesen wäre und um den Bruch des über Davies übermittelten Versprechens nach Möglichkeit nicht als solchen erscheinen zu lassen, unterbreitete Stalin den Vorschlag einer Konferenz „wesentlicher Entscheidungsträger“ der beiden Länder in Archangel'sk oder Astrachan' mit einer eventuellen Hinzuziehung der Briten. Es war dies Stalins eigene Idee, wie aus einem von Molotov ausgearbeiteten Entwurf der Depesche hervorgeht.⁴

2 Korrespondenz des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR mit dem Präsidenten der USA und dem Premierminister Großbritanniens in den Jahren des Zweiten Weltkrieges 1941–1945 (im Folgenden: Korrespondenz). Moskau, 1957, Bd. 2; Aus Washington am 22. Juni 1943, in: Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation (im Folgenden: AVP RF), F. 059, op. 10, p. 3, d. 25, S. 41.

3 Korrespondenz, Bd. 1, S. 393.

4 RGASPI, F. 558, op. 11, d. 366, S. 15–16.

Geheime und persönliche Depesche von Premier I. V. Stalin
an den Präsidenten Franklin D. Roosevelt

1.⁵ Erst jetzt, nach der Rückkehr von der Front, kann ich Ihnen auf Ihr letztes Schreiben vom 16. Juli antworten. Ich bin überzeugt davon, dass Sie unsere militärische Lage in Betracht ziehen und für die verspätete Antwort Verständnis haben.

Entgegen unseren Erwartungen haben die Deutschen ihre Offensive nicht im Juni, sondern im Juli begonnen, und derzeit sind die Kämpfe an der sowjetisch-deutschen Front in vollem Gange. Wie bekannt ist, hat die sowjetische Armee den Juliangriff Hitlers zurückgeschlagen. Sie wissen auch, dass unsere Armee zum Gegenangriff übergegangen ist, Orel und Belgorod eingenommen hat und weiteren Druck auf den Feind ausübt.

2. [Einfügung zum 2. Satz:] *Ein Treffen wesentlicher Vertreter beider Staaten erachte ich zweifellos als zielführend. Man könnte es entweder in Astrachan' oder in Archangelsk abhalten.* Sollte die Eröffnung einer zweiten Front in diesem Jahr von der englischen und amerikanischen Regierung erneut aufgeschoben werden, muss unsere Armee ihre Kräfte bis zum Äußersten einsetzen. Dies erfordert vonseiten⁶ des Kommandos der sowjetischen Truppen höchste Anstrengung und außerordentliche Wachsamkeit gegenüber den Aktivitäten des Feindes. In diesem Zusammenhang muss gegenwärtig auch ich ein wenig von allen anderen Fragen und von allen meinen anderen Verpflichtungen Abstand nehmen abkehren, abgesehen von der Hauptverpflichtung zur Befehligung der Front. Es ist notwendig, dass ich mich persönlich des Öfteren an verschiedenen Frontabschnitten aufhalte und den Interessen der Front alles andere unterordne.

Es sei jedoch angemerkt, dass aus diesem Schriftstück letztlich nicht klar hervorgeht, auf welcher Ebene das Treffen hätte angesiedelt sein sollen. Aber

5 Hier und im Folgenden von Stalin handschriftlich ergänzt.

6 Im Original von Stalin durchgestrichen und handschriftlich ergänzt: „Es ist leicht zu verstehen, dass bei der derzeitigen akuten Lage an der sowjetisch-deutschen Front beim Kommando der sowjetischen Truppen höchste Anstrengung und außerordentliche Wachsamkeit gegenüber den Aktivitäten des Feindes erforderlich sind.“

bereits am Folgetag, d. h. nach dem Erhalt des Schreibens der britischen Regierung, reifte in Stalin und Molotov offensichtlich der Entschluss zur Einberufung einer Konferenz verantwortlicher Vertreter aller drei Mächte, die einem Treffen der „Großen Drei“ vorausgehen sollte. Dadurch verschaffte sich Stalin Handlungsspielraum, gepaart mit der Argumentationsmöglichkeit, das Treffen auf höchster Ebene mit einem passenden Vorwand nicht bloß aufschieben zu wollen, sondern es auf diese Art und Weise im Vorfeld auch besser vorbereiten zu können. Und Molotov, so scheint es, war von der Perspektive angetan, selbst als „verantwortlicher Entscheidungsträger“ auftreten zu können. In Stalins Mitteilung an Churchill vom 9. August ist bereits klar und deutlich vom Format des Treffens und von der Notwendigkeit einer rechtzeitigen Festlegung der Tagesordnungspunkte die Rede.

Es ist schwer zu beurteilen, wie sehr Stalin mit einem Erfolg seiner Demarche rechnete, aber es sollte sich zeigen, dass angesichts des längeren, unheilswangeren Schweigens des Kremls dieser unerwartete und konstruktive Vorschlag, der noch dazu in einem freundlichen Ton verfasst war, von den USA und Großbritannien überaus dankbar aufgegriffen wurde. In London und Washington atmete man erleichtert auf. „Sie [die Nachricht Stalins] ist wesentlich besser als ich es zu erwarten gehofft habe, und sie trägt zu einer erheblichen Entspannung der Lage bei“, telegrafierte Außenminister Anthony Eden an Churchill nach Québec, „wir sollten einem solchen Treffen prinzipiell rasch zustimmen und die Zeit, den Ort, die Tagesordnung und die Zusammensetzung der Teilnehmer später festlegen“.⁷ Die Empfehlungen Edens an die Adresse des Premierministers wurden sodann auf der Kabinettsitzung am 11. August genehmigt, wobei die Minister ihre „allgemeine Zufriedenheit mit dem Ton und Inhalt des Schreibens von Premier Stalin“ zum Ausdruck brachten.⁸ Am 18. August erklärten sich Roosevelt und Churchill in einer gemeinsamen Mitteilung mit dem Vorschlag über eine Konferenz auf „zweiter Ebene“, die sie als Treffen der Außenminister definierten, einverstanden. Die Akzentuierung auf die Diplomatie erfolgte dabei nicht zufällig, denn die Verbündeten wollten militärische Fragen auf der Konferenz nicht erörtern.

Die Festlegung des Konferenzortes sollte sich in weiterer Folge bekanntermaßen zum Gegenstand diplomatischen Tauziehens entwickeln. Die Westalliierten schlugen Großbritannien oder Nordafrika vor, schlossen – sollte Stalin darauf beharren – in ihren internen Erörterungen aber auch die sowjetische Hauptstadt nicht aus, doch wäre es „psychologisch und politisch ge-

7 For Prime Minister from Foreign Secretary, 10th August 1943, in: TNA, PREM, 3/172/1.

8 W. M. (43) 114th Conclusions, Minute 2. Confidential Annex, 11th August, 1943, in: TNA, Cabinet Office. Cabinet Papers (im Folgenden: CAB), 65/39/10.

sehen ein Fehler“, schrieb Eden an Churchill, „wenn wir und die Vereinigten Staaten allzu öffentlich zu verstehen geben, dass wir gerne nach Moskau kommen würden“. ⁹ Letztendlich aber wurde dem Beharren Stalins auf der sowjetischen Hauptstadt als Konferenzort nachgegeben, auch wenn sich die Begeisterung dafür in Grenzen hielt. Roosevelt teilte Stalin mit, dass er dessen Vorschlag „mit Freude“ angenommen habe, doch lässt sich seine tatsächliche Haltung in dieser Frage in einem Schreiben an Churchill ablesen: „Die Antwort, die wir von Uncle Joe in Bezug auf die Moskauer Konferenz erhalten haben, kam nicht unerwartet, aber wir können in dieser Sache offensichtlich nichts tun und werden wohl dorthin reisen müssen ...“ ¹⁰

Abgesehen vom Prestigegegewinn bot die „vorgeschriebene“ Abhaltung der Konferenz in Moskau Stalin auch die Möglichkeit, ihren Verlauf aus unmittelbarer Nähe zu beobachten und auf ihn einzuwirken. So erscheint es auch nicht als zufällig, dass das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten die Entscheidung, die Tagung in Moskau durchzuführen, als seinen Sieg erachtete: „... erst nach mehrfachem Beharren der Sowjetischen Regierung auf der Notwendigkeit der Abhaltung des Treffens der drei Minister in Moskau haben sich Churchill und Roosevelt mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt“, heißt es im offiziellen Konferenzbericht, der von Georgij F. Saksin, einem Mitglied der sowjetischen Delegation, erstellt wurde. ¹¹

Die Unterschiede hinsichtlich Strategie und Taktik der Verhandlungspartner traten bereits im Zuge der Konferenzvorbereitungen anschaulich zutage und betrafen sowohl die Frage der Definition der Gesamtaufgabe als auch die Festlegung der Tagesordnungspunkte. Die sowjetische Seite beharrte von Anfang an auf einem „praktisch-vorbereitenden“ Charakter der Konferenz und rief die Partner zu einer Konkretisierung der zu behandelnden Punkte, zu einem vorhergehenden Meinungs austausch über die jeweiligen Positionen und zur Ausarbeitung konkreter Vorschläge hinsichtlich der zu erörternden Fragen auf. Die sowjetischen Beweggründe dafür schienen verständlich, denn die Moskauer Konferenz sollte die erste alliierte Beratung auf hoher Ebene und die Vorbereitung für das erste Gipfeltreffen sein. Erfahrungswerte hinsichtlich der Abhaltung derartiger Treffen gab es jedoch keine, weshalb man in Moskau Befürchtungen in Bezug auf das Vorgehen der alliierten Partner hegte und angesichts der erfahreneren und ausgeklü-

9 For Prime Minister from Foreign Secretary, 2nd September, 1943, TNA, PREM, 3/172/1.

10 Churchill and Roosevelt: The Complete Correspondence. Ed. by W. Kimball. Vol. 1-3. Princeton, 1984, Vol 2.

11 Bericht über die Tätigkeit der Moskauer Konferenz, in: AVP RF, F. 06, op. 5b, p. 42, d. 44, S. 19.

gelteren westlichen (insbesondere britischen) Diplomatie auch Unsicherheit erkennen konnte.

In dieser angespannten Lage war Stalin, der jeden seiner Schritte sorgfältig zu planen pflegte, nunmehr darum bemüht, die Absichten der Verbündeten in Erfahrung zu bringen und die Vorhersehbarkeit des Konferenzverlaufs sicherzustellen. Dieses Vorgehen war auch durch seinen Argwohn in Bezug auf die Absichten der USA und Großbritanniens bedingt. So etwa wurde in der Denkschrift „Zur bevorstehenden Außenministerkonferenz in Moskau“ des stellvertretenden Außenministers Vladimir G. Dekanozov (der bei den Vorbereitungen der sowjetischen Delegation eine wesentliche Rolle spielte) die Art des Herangehens der Alliierten zur bevorstehenden Konferenz als Bemühen beschrieben, „unsere Aufmerksamkeit und die der Weltöffentlichkeit (darunter auch die der öffentlichen Meinung in England und Amerika) von der akuten Frage der Eröffnung einer zweiten Front in Europa abzulenken, auf Zeit zu spielen und zu manövrieren, damit das Ende des Jahres 1943 mit Beratung verstreicht: zuerst der Beratung der drei Außenminister, danach das Treffen der drei Regierungschefs“, und man werde, so Dekanozov weiter, dieses Treffen auch „für die Sondierung unserer Positionen zu den Grundfragen unserer Außenpolitik zum gegenwärtigen Zeitpunkt und nach dem Kriege nützen. In erster Linie ist unsere Haltung in der deutschen Frage gemeint.“¹²

Im Besonderen fürchtete sich die sowjetische Seite davor, dass der von Washington und London vorgeschlagene „Sondierungscharakter“ der Konferenz die Möglichkeit ausschließen würde, von den USA und Großbritannien konkrete Garantien in Bezug auf die für Moskau wichtigste Frage – die einer „Zweiten Front“ – zu erhalten. Diese Absichten der Westmächte beinhalteten nach Meinung Moskaus auch die Gefahr, dass das einzige Interesse Washingtons und Londons in einem „Ausspionieren“ der sowjetischen Absichten und in einer Nutzung der Konferenz zu Aufklärungszwecken liegen könnte. Aus diesem Grund sollte man mit einem Konferenzbeginn keine Eile haben. In genanntem Schriftstück hielt Dekanozov auch fest, dass erst nach dem Erhalt anglo-amerikanischer Vorschläge sich „herausstellen wird, welche Fragen sie gegenwärtig in erster Linie interessieren. Dann kann auch die Frage geklärt werden, ob die Beratung an sich für uns zweckdienlich ist. Bereits jetzt sollten wir darauf vorbereitet sein, dass einige besonders aktuelle Fragen zur Sprache kommen und wir sollten unsere mögliche Haltung zu diesen Fragen fest-

12 AVP RF, F. 05, op. 5b, p. 39, d. 6, S. 52–58, Aufzeichnungen von Dekanozov, 3.10.1943, abgedruckt in: Jochen P. Laufer – Georgij P. Kynin (Hg.), Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation. Bd. 1: 22. Juni 1941 bis 8. Mai 1945. Berlin 2004, S. 170–176, hier S. 170 f.

legen.“¹³ Auf diese Weise stellte sich die Taktik der sowjetischen Diplomatie bei der Konferenzvorbereitung als reaktiv dar, indem man zuerst möglichst konkrete Vorschläge zu erhalten trachtete, um auf deren Grundlage sodann die eigenen Positionen zu definieren. Die einzige sowjetische Initiative, die Washington und London zur Erörterung vorgelegt wurde, betraf die Frage über ein möglichst schnelles Kriegsende.

Die Befürchtungen Moskaus waren indes nicht gänzlich aus der Luft gegriffen, denn die Westalliierten begegneten der sowjetischen Seite überaus vorsichtig und ließen sich kaum in ihre Karten blicken. Wie Churchill aus Washington mitteilte, würden er und Roosevelt es als „nicht wünschenswert“ erachten, „unsere Ansichten zu allen“ von Moskau gestellten „Fragen vorzeitig darzulegen“.¹⁴ Auf den Sitzungen des britischen Kabinetts am 4. und 5. Oktober hob Churchill dazu auch hervor, dass „die Bedeutung der Konferenz vor allem darin liegt, die Ansichten der Russen nach Möglichkeit in Erfahrung zu bringen“. Seiner Meinung nach habe zum damaligen Zeitpunkt keine Notwendigkeit bestanden, dass die Briten „ihre Meinung zu Fragen, die ernsthafte Folgen nach sich ziehen können und erst nach dem Krieg zu lösen sind, definitiv festlegen“.¹⁵ Hinter dieser Aussage verbarg sich das offensichtliche Bemühen, sich den Handlungsspielraum gegenüber der UdSSR zu Fragen der Nachkriegsordnung nicht einengen zu lassen. Außerdem hegten die Westalliierten Befürchtungen, dass eine Erörterung konkreter Problemfelder einer Ausarbeitung gemeinsamer Lösungen im Weg stehen könnte und Meinungsverschiedenheiten nach sich zögen, was in erster Linie auf die für die UdSSR zentrale und für Washington und London heikle Frage der Eröffnung einer zweiten Front in Europa zutreffen würde.¹⁶ Aus eben diesem Grund hoben die Staatschefs der Westmächte immer wieder den „Sondierungscharakter“ des Treffens hervor und betonten die Vorteile einer zwanglosen Diskussion und einer informellen Tagesordnung. Aber dennoch zeigte sich Moskau beharrlich und ließ sich nicht davon abbringen, von den Alliierten konkrete Vorschläge zu einer Reihe von Fragen einzufordern.

Die Ausarbeitung der Tagesordnung sollte sich sodann ebenfalls zu einem Zankapfel entwickeln. Für die UdSSR lag die Priorität auf der Eröffnung einer zweiten Front („Maßnahmen zu einer schnellen Beendigung des Krieges“), während die USA vor allem die Verabschiedung einer

13 Ebd., S. 172.

14 From Quadrant to War Cabinet, 14th September, 1943, in: TNA, PREM, 3/172/1.

15 W. M. (43) 135th Conclusions, Min. 4, Conf. Annex, 5th October, 1943, in: TNA, CAB, 65/40/1.

16 From Quadrant to War Cabinet Offices, 18th August, 1943, in: TNA, PREM, 3/172/1; Winant to Secretary of State, August 11, 1943, in: ebd.

„Vier-Mächte-Deklaration“ über allgemeine Sicherheit und die Bereitschaft der Sowjetunion zum Eintritt in den Krieg gegen Japan forcierten. Eine nicht unwesentliche Bedeutung maß Washington auch Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nach dem Krieg bei. Die in erster Linie über die Lage in Europa besorgte britische Diplomatie hingegen schlug die Erörterung eines Kataloges an politischen Fragen zur Lage auf diesem Kontinent vor. Der Hauptakzent lag dabei auf der deutschen Frage und auf zwei Lieblingsprojekten des Foreign Office – der Schaffung europäischer Föderationen und eines neuen Organs für die Erörterung europäischer Fragen. Die endgültige Tagesordnung war schließlich ein Kompromiss und beinhaltete den Großteil der im Vorfeld vorgeschlagenen Themen, wobei jedoch die konkreten Positionen der Verhandlungspartner zu den einzelnen Fragen in vielen Fällen ausgeblendet blieben.

Im Bewusstsein um seine Verantwortung für das bevorstehende Treffen und im Bemühen, sich keine Blöße zu geben, wurde vom Apparat des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten innerhalb kürzester Zeit ein immenses Arbeitspensum zur organisatorischen und inhaltlichen Vorbereitung der Konferenz absolviert. So etwa wurden auf einer am 8. Oktober abgehaltenen Beratung der Leitung des Volkskommissariats 16 Arbeitsgruppen zur Ausarbeitung von Materialien zu jedem einzelnen Punkt der Tagesordnung gegründet, und das Konferenzsekretariat hatte Molotov täglich Bericht über den Arbeitsfortgang zu erstatten. Am 14. Oktober wurde auf Vorschlag des Sekretariats hin schließlich eine „Troika“ gebildet, der Vyšinskij, Dekanozov und Litvinov angehörten und die den Auftrag erhielt, ein Schriftstück mit Beschreibung der einzelnen Vorschlagsentwürfe der sowjetischen Delegation zu den einzelnen Tagesordnungspunkten zu erstellen. „In drei Tagen und drei Nächten“ (wie es im bereits erwähnten Bericht von Saksin heißt) war die „Troika“ mit der Ausarbeitung dieses Dokuments fertig, das Molotov sodann am 18. Oktober Stalin vorlegte.¹⁷

Der Inhalt dieses Schriftstücks und auch der anderen Materialien, die im Zuge der Konferenzvorbereitungen verfasst wurden, zeichnete sich durch eine überaus bittere und zugleich pessimistische Grundstimmung aus. In Bezug auf die für die sowjetische Seite wichtigste Frage einer zweiten Front wurde der Vorschlag gemacht, hartnäckig auf der bisherigen Haltung zu beharren, wobei für den Fall, dass die Alliierten „wie zu erwarten ist, keinerlei

17 An das Politbüro des ZK der VKP(b). An Gen. I. V. Stalin. 18. Oktober 1943, in: AVP RF, F. 06, op. 5b, p. 39, d. 6, S. 21–27; Bericht über die Tätigkeit der Moskauer Konferenz, S. 35; Na prieme u Stalina. Tetradi (žurnaly) zapisej lic, prinjatych I. V. Stalinyim (1924–1953). Herausgegeben von A. A. Černobaev). Moskau, 2008, S. 421.

LUDWIG BOLTZMANN-INSTITUT FÜR KRIEGSFOLGEN-FORSCHUNG

Am 30. Oktober 1945 erklärten die Alliierten des Zweiten Weltkrieges auf der Außenministerkonferenz in Moskau ihren Willen, nach einem Sieg über Hitler-Deutschland, Österreich als Staat wiederherzustellen. Das Buch basiert auf zwei in Moskau und Wien durchgeführten Tagungen der Österreichisch-Russischen Historikerkommission. Die These von Österreich als dem „ersten Opfer Hitler’scher Aggression“ steht im Zentrum des großen historischen Bogens, den das Buch spannt: Von der Staatsgründung und der Rolle der Alliierten bis in die 1980er Jahre, als die Diskussion von Neuem aufflammte und zu einer kritischen Analyse der jüngsten Vergangenheit Österreichs führte.

